

SBB diskriminieren gleichgeschlechtliche Paare

Autor(en): **pp**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **21 (1995)**

Heft 6

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361842>

Nutzungsbedingungen

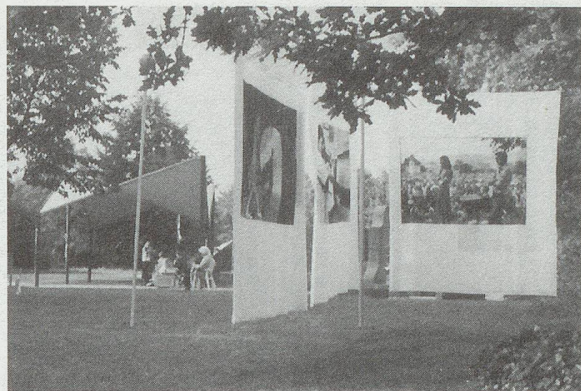
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



rufspraktikum für Wiedereinsteigerinnen, «lavorELLE», anbieten können – ähnlich wie es die Frauenzentrale Basel seit 1981 mit dem fast schon traditionsreichen Kurs «Neuanfang im Beruf» diesen Herbst durchführt, allerdings zum letzten Mal in dieser Form...

«Neuanfang im Beruf» s. Veranstaltungskalender. «professionELLE – Kontaktstelle Frau + Arbeit», Rathausstrasse 35/Eingang Rosengasse, 4410 Liestal, Tel. 061/921 55 55. Öffnungszeiten: Mo 14–17 h, Mi 9–12 h, oder nach Vereinbarung.

SBB diskriminieren gleichgeschlechtliche Paare

pp. In einem öffentlichen Schreiben fordern die LOS (Lesbenorganisation Schweiz) und Pink Cross (Schwulenbüro Schweiz) die SBB auf, Fahrvergünstigungen für Angehörige von SBB-Angestellten auch gleichgeschlechtlichen PartnerInnen zuzugestehen. Die neue Regelung erlaubt KonkubinatspartnerInnen, von verbilligten Tarifen (FVP) zu profitieren, sofern ein gemeinsamer Haushalt mit Kindern besteht. Davon explizit ausgeschlossen sind gleichgeschlechtliche Paare. Die SBB begründet die diskriminierende Regelung mit dem möglichen Missbrauch durch gleichgeschlechtliche Wohn-, aber nicht LebenspartnerInnen. Gleichzeitig bestätigte sie den beiden Organisationen, dass auch reine Wohngemeinschaften mit Mann, Frau und Kindern von der Verbilligung profitieren können. Mit dieser asymmetrischen Argumentation stellte die Personaldirektion der SBB gleichzeitig das Gespräch ein. Eine weitere Gesprächsaufforderung der LOS und Pink Cross wurde zurückgewiesen.

Die beiden Organisationen weisen auf die Janusköpfigkeit der SBB hin: Ist es, so bei der neuen Formel für Generalabos, ökonomisch vorteilhaft, gleichgeschlechtliche Paare miteinzubeziehen, zeigen sie sich von ihrer aufgeschlossenen Seite. Geht es hingegen,

ohne finanzielle Vorteile, um eine klare antidiskriminatorische Haltung, argumentiert die Bundesbahn seltsam festgefahren.

Russische Soldatenmütter kommen in die Schweiz

aw. EMI (3/95) berichtete über den Besuch einer Schweizer Frauendelegation beim Moskauer Komitee der Soldatenmütter, das – mit inzwischen mehr als 140 regionalen Aktionsgruppen – seit sechs Jahren Friedenspolitik in ganz Russland betreibt und sich gegen den Krieg in Tschetschenien stark macht. Auf Anregung der Unabhängigen feministischen Frauenlisten (UFF!) wird eine Delegation der Soldatenmütter vom 25. Oktober bis 8. November in der Schweiz weilen. Geplant sind Informationsveranstaltungen in verschiedenen Schweizer Städten, für deren Organisation die Frauenstelle für Friedensarbeit, die Frauen für den Frieden Schweiz und die GSoA verantwortlich sind. Daneben sollen Vernetzungstreffen mit schweizerischen Frauen- und Friedensorganisationen stattfinden.

Daten s. Veranstaltungskalender. Detaillierte Infos bei der cfd-Frauenstelle (Tel. 01/242 93 07). Für Hintergrundinfos s. «GSoA-Zitig» Nr. 61, Postfach, 8031 Zürich.

Frauen und Menschenrechte: Amnesty-Aktionswoche in Basel

aw. Unter dem Titel «Farben der Solidarität – Frauen und Menschenrechtsverletzungen» schliessen die Gruppen Basel von Amnesty International mit einer Aktionswoche an die ai-Jahreskampagne «Frauen in Aktion, Frauen in Gefahr» und die Themen der Weltfrauenkonferenz an: Vom 10. bis 17. Oktober wird in der Offenen Kirche Elisabethen eine Ausstellung gezeigt, in deren Mittelpunkt Werke von Frauen und Jugendlichen stehen, die ihre traumatischen Kriegserlebnisse gestalterisch zu verarbeiten versuchen. Eine der Veranstaltungen wird u.a. von Frauen aus den Philippinen und Ruanda bestritten, die über ihre individuellen Schicksale und

die allgemeine Lage von Frauen in ihrem Land berichten. Ein Benefizkonzert und eine abschliessende Podiumsdiskussion ergänzen die Aktionswoche.

Ausstellung: 11.–17. Okt., 11–20 h. Weitere Daten s. Veranstaltungskalender. Infos: ai-Gruppen Basel, Niggi Berger, Tel. 061/381 17 89.

Wanderausstellung zum Mutterschaftsschutz

aw. Augenfällig ist sie, die überdimensionale Wäscheleine mit den schwarzweiss bedruckten Leintüchern: Stimmungsvolle Fotografien zeigen Mütter und Väter in vertraulichen Szenen mit Kleinkindern, eine Collage von Zeitungsartikeln erinnert an das Fiasko der 1984 von Linken, Gewerkschaften und Frauenverbänden eingereichten Initiative «Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft». Beim Lesen von schlagkräftigen Parolen wie «Die Schweiz, das letzte Land Europas ohne Mutterschaftsversicherung» steigt der Missmut über die rechtliche Lage von Schwangeren und Müttern in der Schweiz.

Das Konzept der Wanderausstellung mit dem Titel «Versichert verunsichert versichert – die lange Wanderung der Mutterschaftsversicherung» stammt von einer Arbeitsgruppe des «Genfer Komitees für die Anerkennung der Mutterschaft», einer der kantonalen Gruppierungen, die sich im Zuge des von Bundesrätin Ruth Dreifuss 1993 angekündigten Gesetzesentwurfes zur Mutterschaftsversicherung bildeten. Finanziert wird das Projekt von Elternschaftskomitees und Gleichstellungsbüros aus der ganzen Schweiz. Interessierte Frauengruppen können das Ausstellungsinventar bestellen bei: Bureau d'égalité Genève, Danièle Alison, Tel. 022/31 37 00. Mehr Information zum Thema Mutterschaftsschutz, s. Schwerpunktnummer «Nora», Postfach 764, 8501 Frauenfeld.